

Wie bereits vermutet, wurde im „Hambi“ am Lagerfeuer mit Sekt gefeiert:

# Eine Idee für den Regierungschef

AN 30.11.2017

Hambacher Forst: Will Armin Laschet (CDU) zu einem Kompromiss beitragen?

VON MARLON GEGO

**Kerpen/Düsseldorf.** Am Dienstagabend hatten einige Aktivisten und Sympathisanten im Hambacher Forst an einem Lagerfeuer getanzt und Sekt getrunken, am Morgen darauf standen einige von ihnen wieder um Dirk Jansen rum, der den großen Sieg erstritten hatte und jetzt am Hambacher Forst die Fragen der Presse beantwortete. Jansen, Geschäftsleiter des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), kämpft seit etwa 30 Jahren gegen RWE und den Braunkohleabbau, er weiß, wie Gerichtsentscheidungen zu bewerten sind. Und weil das so ist, wollte er den vom Oberverwaltungsgericht Münster verfügten vorläufigen Rodungsstopp im Hambacher Forst auch nicht zu hoch hängen. „Wichtige Entscheidung, aber nur ein kleines Etappenziel“, sagte Jansen.

Der Entschluss des Oberverwaltungsgerichts (OVG) kam in der Tat ein bisschen überraschend, schließlich liegt das Eilverfahren, das Jansen und der BUND angestrengt hatten, den Richtern schon seit Wochen vor. Jansen findet, dass in der jetzigen Situation NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) gefordert wäre. „Laschet hat durch den Rodungsstopp nun die Zeit, dafür zu sorgen, dass

die Gesellschaft befriedet und die Region zusammengeführt wird“, sagte Jansen. Er rief Laschet dazu auf, alle Beteiligten an einem Tisch zu versammeln und zu versuchen, einen Kompromiss herbeizuführen. Etwa so, wie es auch das Verwaltungsgericht Köln bereits versucht hatte. RWE hatte den Kompromiss zum Erhalt des Hambacher Forsts zwar abgelehnt. Aber Jansen glaubt nicht, dass dies tatsächlich das letzte Wort gewesen sein muss.

## Wie viel Kohle wird gebraucht?

Oliver Krischer, Grüner Bundestagsabgeordneter aus Düren, erklärte gestern, dass ein neuer Versuch, nach einem Kompromiss zu suchen, nicht damit beginnen dürfe, dass die Beteiligten „sich gegenseitig ihre Prinzipien um die Ohren hauen“. Jansen erklärte, dass mehr als 30 Prozent der von RWE im Tagebau Hambach geförderten Braunkohle gar nicht verstromt, sondern veredelt werde und berief sich auf offizielle RWE-Zahlen. Die verbleibenden 70 Prozent der im Hambacher Tagebau geförderten Braunkohle, die verstromt werde, mache lediglich einen Anteil von fünf Prozent des gesamten deutschen Stroms aus.

Da überdies durch die Stilllegung zweier Kraftwerksblöcke in Frimmersdorf und die Stilllegung weiterer Blöcke in Neu-

rath und Niederaußem in den nächsten Jahren der Braunkohlebedarf sinke, sei es nicht unwahrscheinlich, dass der Hambacher Forst erhalten werden könne, sagte Jansen.

Die große Frage ist nun, ob Ministerpräsident Laschet sich in der Position sieht, einen Vermittlungsversuch zu unternehmen. Jansen sagte, „Laschet scheint abgetaucht zu sein“. Jedenfalls habe er sich bislang nicht zum Dauerkonflikt im Hambacher Forst geäußert. Eine Anfrage unserer Zeitung zur Situation am Hambacher Forst und zur Idee eines Kompromisses wollte Laschet gestern zum wiederholten Mal nicht beantworten: Termenschwierigkeiten.

Um eine Idee von Laschets Position zur Zukunft der Braunkohle zu erhalten, hilft ein Blick in den NRW-Koalitionsvertrag von CDU und FDP, den Laschet am 26. Juni 2017 unterzeichnet hat. Darin heißt es auf Seite 38: „Von Nordrhein-Westfalen aus leiten wir einen energiepolitischen Neustart ein. Unser Ziel ist es, die Energiewende sicherer, kostengünstiger und ökologisch nachhaltiger zu gestalten.“ Ein Stück weiter unten, auf Seite 39, heißt es allerdings: „Wir stehen zu den vorhandenen Genehmigungen der Tagebaue im Rheinischen Braunkohlerevier.“ Zur Erinnerung: Die Genehmigungen für den Tagebau Inden läuft 2030 aus, die für den Tagebau Hambach 2040 und die für den Tagebau Garzweiler 2045.



Konflikt um Hambacher Forst be-frieden: BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen (r.) nimmt Ministerpräsident Armin Laschet in die Pflicht. Fotos: dpa